

Nr. 12/2019 (Redaktionsschluss Ende November 2019)

Aktuelle Steuer-Nachrichten

1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung: Finanzausschuss beschließt Soli-Senkung

Der Finanzausschuss hat den Weg für die Senkung des Solidaritätszuschlags für 90 % aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ab 2021 freigemacht. Das Gremium stimmte in seiner Sitzung am Mittwoch unter Leitung der Vorsitzenden Bettina Stark-Watzinger (FDP) dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 zu. Das Entlastungsvolumen soll ab 2021 € 9,8 Milliarden betragen und 2022 auf € 11,2 Milliarden steigen. Für den Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, während alle anderen Fraktionen den Entwurf ablehnten. Abgelehnt wurde ein Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags ab 2020 und ein Antrag der AfD-Fraktion, die den Zuschlag auch vollständig und unverzüglich abschaffen will.

Nach Angaben der Regierung in der Begründung des Gesetzentwurfs stellt der erste Entlastungsschritt für niedrige und mittlere Einkommen eine wirksame Maßnahme zur Stärkung der Arbeitsanreize, der Kaufkraft und der Binnenkonjunktur dar. Bürgerinnen und Bürger mit mittleren und niedrigen Einkommen hätten eine deutlich höhere Konsumquote als Spitzenverdienende, für die der Solidaritätszuschlag weiterhin erhoben werden soll. Wegen der aktuell weiterhin bestehenden finanziellen Lasten des Bundes aus der Wiedervereinigung werde der Solidaritätszuschlag nur teilweise zurückgeführt.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die sogenannte Freigrenze, bis zu der der Solidaritätszuschlag nicht erhoben wird, stark erhöht wird. Bei einkommensteuerpflichtigen Personen beträgt diese Freigrenze derzeit € 972 bei Einzel- und € 1.944 bei Zusammenveranlagung. Diese Freigrenze soll auf € 16.956 bzw. € 33.912 erhöht werden. Dadurch sollen 90 % aller bisherigen Zahler des Zuschlags von der Zahlung befreit werden. Für höhere Einkommen wird eine Milderungszone eingerichtet, um einen Belastungssprung beim Überschreiten der Freigrenze zu vermeiden. Die Wirkung der Milderungszone nimmt mit steigendem Einkommen ab. Nach Angaben der Bundes-

regierung kann der Solidaritätszuschlag so lange fortgeführt werden, wie ein aufgabenbezogener Mehrbedarf des Bundes besteht.

Die CDU/CSU-Fraktion zeigte sich erfreut über die erhebliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Die Entlastung von 90 % aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sei ein guter Schritt. Man hätte zwar gerne alle von der Zahlung des Zuschlags befreit, aber der erste Schritt sei ein wichtiges Signal, und am zweiten Schritt zur völligen Abschaffung des Zuschlags werde gearbeitet. Die SPD-Fraktion zeigte sich erfreut, dass eines der zentralen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag jetzt umgesetzt werde. Es sei richtig, dass die verbleibenden 10 % der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Zuschlag weiter zu entrichten hätten. Wegen des zweiten Schritts bleibe man im Gespräch.

Die FDP-Fraktion drängte darauf, den Zuschlag komplett bereits zum 01.01.2020 abzuschaffen. Es sei schade, dass das Thema Soli jetzt nicht beendet werden könne.

Die Linksfraktion kritisierte, dass vom jährlichen Entlastungsvolumen rund € 2 Milliarden auf untere Einkommenschichten entfallen würden, während die oberen 30 % um rd. € 8 Milliarden entlastet werden würden. Investitionsbedarf bestehe weiterhin - und zwar im Osten wie im Westen. Auch die Fraktion Bündnis/90 Die Grünen wies darauf hin, dass Bezieherinnen und Bezieher geringer und mittlerer Einkommen wenig von der Senkung hätten. (Deutscher Bundestag, Kurzmeldung vom 13.11.2019 (hib 1269/2019))

2. Allgemeine Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2020

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.01./13.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.02./13.02.; GewSt, GrundSt: 17.02./20.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- u. Scheckzahler.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Domstraße 15, 20095 Hamburg

Druckerei:
DATEV eG
Druck- und Versandzentrum, Abteilung P492, 90329 Nürnberg

Verantwortliche Redaktion:
RA/StB Gerhard Schmitt
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: gerhard.schmitt@mazars.de

StB Andreas Lichel
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: andreas.lichel@mazars.de

Stichwortverzeichnis 2019
Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

Abgabenordnung

- Gemeinnützigkeitsrechtliche Behandlung sog. „foodsharing“-Vereine 2/3
- Vorläufiger Rechtsschutz gegen Abzinsung von Verbindlichkeiten mit einem Zinssatz von 5,5 % wegen verfassungsrechtlicher Zweifel 3/3
- Buchführungspflicht einer Kapitalgesellschaft nach ausländischem Recht bewirkt Buchführungspflicht nach § 140 AO 6/3
- Haftung einer Organgesellschaft für Steuerschulden des Organträgers nach § 73 AO bei umsatzsteuerlicher Organshaft 11/3

Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Das ändert sich zum Jahresbeginn 2019 1/1
- Regierungsentwurf eines Brexit-Steuerbegleitgesetzes 2/1a
- Bundesrat stimmt für neues Gesetz für mehr Steuergerechtigkeit beim Onlinehandel 2/1b
- Gesetzentwurf zu Übergangsregelungen für den Fall eines unregulierten Brexits beschlossen 3/1a
- Bundestag verabschiedet das Brexit-Übergangsgesetz 3/1b
- Abstimmung einer steuerlichen FuE-Förderung innerhalb der Bundesregierung 4/1
- Referentenentwurf: Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagengesetz - FZulG) 5/1a
- BMF: Verlustübernahmeregelung bei Organschaften i.S.d. § 17 KStG - Veröffentlichung des BFH-Urteils v. 10.05.2017 - I R 93/15 - (BStBl. 2019 II S. ...) 5/1b
- Vermietung eines Arbeitszimmers oder einer als Homeoffice genutzten Wohnung an den Arbeitgeber 6/1a
- Ertragsteuerliche Behandlung von Aufgeldern beim Erwerb festverzinslicher Kapitalanlagen 6/1b
- Eckpunktepapier liegt vor: Bundesregierung will Abbau von Bürokratie vorantreiben 7/1a
- Haftung des Arbeitnehmers für mangelhaftes Fahrtenbuch 7/1b
- Betriebsausgabenabzug bei Geschenken i.S.d. § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG; Einzelfragen zu Aufmerksamkeiten, Streuwerbeartikeln, Verlosungen u.Ä. 7/1c
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b) 8/1a
- Regierungskoalition beschließt Grundsteuerreform 8/1b
- Referentenentwurf: Rückführung des Solidaritätszuschlags 9/1a
- Bundesregierung beschließt Elektromobilitätsförderungsgesetz („Jahressteuergesetz“) sowie Gesetz zur Änderung des GrEStG 9/1b
- Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 15 EStG 10/1a
- Kabinettsvorlage der ErbStR 2019 10/1b
- Stellungnahme des Bundesrats zum Elektromobilitätsförderungsgesetz 11/1
- Finanzausschuss beschließt Soli-Senkung 12/1

Bewertungsgesetz

- Abzinsung einer im Schenkungsvertrag aufschiebend bedingt vereinbarten Verbindlichkeit 11/4

Einkommensteuer

- Existenzgründerzuschüsse aus dem EXIST-Programm keine Sonderbetriebs-einnahmen 1/3
- Neuer Realteilungserlass 2/4
- Versteuerung der privaten Pkw-Nutzung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG, Begrenzung der pauschalen Wertansätze (sog. Kostendeckelung) durch periodengerechte Zuordnung einer Leasingsonderzahlung 2/5
- Abgrenzung von Entschädigungen i.S.v. § 24 Nr. 1 EStG zu laufendem Arbeitslohn 3/4

- Keine Pflicht zur Vergabe lückenlos fortlaufender Rechnungsnummern bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG 3/5
- Besteuerung von Wandelschuldverschreibungen 3/6
- Preisdifferenzierungen wegen betrieblicher Besonderheiten bleiben beim Listenpreis i.S.d. 6 Abs. 1 Nr. 4 S. 2 EStG unberücksichtigt 4/3
- Spendenabzug nach § 10b Abs. 1 EStG bei abweichendem Wirtschaftsjahr 4/4
- Aufwendungen einer Lehrerin für einen Hund keine Werbungskosten 4/5
- Verfassungsrechtliche Zweifel am Zinssatz von 5,5 % für die Abzinsung von Verbindlichkeiten gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG 5/3
- Steuerliche Behandlung der Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern 5/4
- Kein Steuerabzug bei Onlinewerbung 5/5
- Besuchsfahrten zu getrennt lebenden Kindern 5/6
- Ablösung von Gesellschafterdarlehen oder -sicherheiten durch Gesellschaftereinlagen als nachträgliche Anschaffungskosten 5/7
- Zum Abzug der Aufwendungen aus der Übernahme von Gewerbesteuer als Veräußerungskosten 6/4
- Zu den Anforderungen an ein nach § 64 Abs. 1 Satz 2 EStDV erforderliches amtsärztliches Gutachten zum Nachweis der Zwangsläufigkeit von Aufwendungen im Krankheitsfall 6/5
- Pkw-Überlassung bei einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis unter Ehegatten 6/6
- Kein Ausbildungsfreibetrag für ein auswärtig untergebrachtes noch minderjähriges Kind 6/7
- Keine Steuerermäßigung nach § 35a EStG wegen Unterbringung eines Elternteils in einem Pflegeheim 7/3
- Keine Abzinsung von bestimmten Verbindlichkeiten nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG bei Null- und Negativzinsen 8/3
- Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft als notwendiges Betriebsvermögen eines Einzelunternehmers 8/4
- Rentenberater gewerblich tätig 10/3
- Zur Qualifizierung eines Prüflingenieurs 10/4
- Riesterrente: Rückforderung von Altersvorsorgezulagen vom Zulageempfänger 10/5
- Abzinsung von Verbindlichkeiten bei Null- und Negativzinsen 10/6
- Steuerbegünstigte Zwecke, struktureller Inlandsbezug bei Zuwendungen an ausländische Körperschaften 10/7
- Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen, Berücksichtigung von Baukindergeld 10/8
- Kein anteiliger Betriebsausgabenabzug für selbstgenutztes Wohnhaus einer selbständigen Tagesmutter bei Fehlen objektiver Aufteilungskriterien 11/5
- Grundstücksenteignung kein privates Veräußerungsgeschäft i.S.d. § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EStG 11/6

Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer

- Erbschaft- und schenkungsteuerliche Behandlung von Kryptowährungen 9/3
- Wohnungsbegriff i.S.d. § 13 Abs. 1 Nr. 4c ErbStG 11/7

Gewerbesteuer

- Eiscafé und Imbiss kein einheitlicher Gewerbebetrieb 2/6
- Keine Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen bei Einbeziehung als Herstellungskosten in einen Aktivposten „unfertige Erzeugnisse“ 4/6
- Sanierungsgewinne - Steuerstundung und Steuererlass aus sachlichen Billigkeitsgründen durch die Gemeinde 5/8
- Gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Nebenkosten bei Leasingverträgen 9/4
- Keine erweiterte Kürzung d. Gewerbeertrags einer grundbesitzverwaltenden Kapitalgesellschaft bei Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen 10/9

Grunderwerbsteuer

- Kein Beihilfecharakter der Steuerbegünstigung nach § 6a GrEStG 2/7
- Grunderwerbsteuerbefreiung für Erwerb eines Grundstücks von Geschwistern 4/7
- Grunderwerbsteuerrechtliche Anzeigepflicht bei steuerbegünstigter Grundstückseinbringung in Gesamthand 7/4
- Grundstückskaufvertrag zwischen Gesellschaft und Gesellschaften 9/5

Körperschaftsteuer

- Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften, nachträgliche Anschaffungskosten nach Aufhebung des Eigenkapitalersatzrechts, Einzahlung in die Kapitalrücklage zur Vermeidung einer Bürgschaftsinspruchnahme 3/7
- Zuordnung von Leistungen aus dem steuerlichen Einlagekonto gemäß § 27 KStG bei Anteilerwerb zu verschiedenen Zeitpunkten 4/8
- Ertragsteuerliche Beurteilung von Darlehensverbindlichkeiten im Abwicklungs- endvermögen einer Tochtergesellschaft 4/9
- Politische Betätigung und Gemeinnützigkeit 6/8

Lohnsteuer

- Lohnsteuerrechtliche Behandlung des (Elektro-)Fahrrad-Leasings 9/6

Umsatzsteuer

- Zur Steuerbefreiung von notärztlichen Bereitschaftsdiensten 2/8
- Vorsteuervergütung bei Rechnungsberichtigung nach § 31 Abs. 5 UStDV 2/9
- Ermächtigung der EU zur Beibehaltung von § 15 Abs. 1 Satz 2 UStG 2/10
- Angabe der vollständigen Anschrift in einer Rechnung i.S.d. § 14 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 UStG 3/8
- Anforderungen an eine zum Vorsteuerabzug berechtigende Rechnung bei unbekannt verzogenem Rechnungsaussteller 3/9
- Zur Steuerbarkeit der Leistungen eines Teilnehmers an einer Fernsehshow 4/10
- Mindest-Ist-Besteuerung von Anzahlungen auf künftige Bestattungsleistungen 4/11
- Keine Umsatzsteuerbefreiung für Leistungen eines Gesundheitszentrums 4/12
- Fahrschulunterricht kein steuerfreier Schul- und Hochschulunterricht 5/9
- Haftung für die Umsatzsteuer bei Handel mit Waren im Internet 5/10
- Abmahnungen im Bereich des Urheberrechts sind umsatzsteuerpflichtig 6/9
- Eingabe zur (Nicht-)Anwendung des BFH-Urteils zur Unternehmereigenschaft einer Bruchteilsgemeinschaft 9/7
- Umsatzsteuerliche Behandlung von Sachlotterien 10/10
- Umsatzsteuerliche Behandlung von Gutscheinen 11/8
- Fahrschulunterricht ist kein steuerfreier Schulunterricht 11/9

Umwandlungssteuer

- Übertragungsgewinn aus Aufwärtsverschmelzung im Organschaftsfall 5/11